

Die wahren Machtverhältnisse werden von der Rechtsordnung formal kaschiert

von Ulrich Jochimsen, Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V., Potsdam

Bekanntlich hat der Faschismus in Deutschland Gipfelleistungen der Verdrängung nach sich gezogen. Die Konstitution, besser: Restauration, der bundesdeutschen Gesellschaft wahrte eine bemerkenswerte Kontinuität zu der Zeit des "Dritten Reiches". Weder kam Hitler unvorbereitet an die Macht, noch sind die von ihm geprägten gesellschaftlichen Strukturen im Mai 1945 ebenso plötzlich wieder verschwunden. Während die führerfixierte Faschismusinterpretation bundesweite Resonanz findet, wird von denselben Kreisen z.B. die überfällige Tilgung des Energieführerbefehles vom 29. Juli 1941 und eine gründliche Diskussion seiner Wirkungsgeschichte abgelehnt. An diesen zentralen Aspekten des amoralischen Systems wird systematisch vorbeigegangen, um nicht die unter der Oberfläche des Politischen wirkenden, in juristischer Form organisierten Strukturen und Kräfte sichtbar werden zu lassen, die der Inhumanität und Umweltzerstörung Vorschub leisten und der eigentliche Grund für die strukturellen Probleme Deutschlands sind.

Man hätte erwarten können, dass nach 1945, insbesondere nach Inkrafttreten des Grundgesetzes, alsbald und ohne Verzug eine neue energierechtliche Ordnung geschaffen worden wäre, eine Ordnung, die nunmehr dem Herrschafts- und Organisationssystem des Grundgesetzes und den Prinzipien eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates entsprochen hätte. Doch diese Versuche gediehen über Entwürfe nicht hinaus, mit der Folge, dass man auf das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 zurückgriff. Dieser Rückgriff hat z.T. groteske Züge; denn er sah sich der Notwendigkeit ausgesetzt, einen legislatorischen Rechtsbaustein des Dritten Reiches aus seiner damaligen politischen Herrschaftsstruktur herauszunehmen, einer Metamorphose zu unterziehen und ihn sodann - sozusagen weiß gewaschen - in das grundgesetzliche Rechtsgebäude einzu-fügen. (Prof. Dr. Hans Rupp, Universität Mainz, "Strategie zu einem neuen Energierecht", Energierechts-Symposium in Schönau am 5./6. Mai 1989)

Der Faschismus entfaltete eine Formungskraft, die nach und nach die selbstverständliche Wirklichkeit der meisten Deutschen wurde, ihr Leben durchdrang und sich zwangsläufig auch in ihrer Persönlichkeit festsetzte. Deshalb stößt es bei den Älteren auf Ablehnung, Hass bzw. "Unverständnis", wenn mit dem Hinweis auf den weiter wirkenden Energieführerbefehl die Lebenslüge der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft in Frage gestellt wird. Doch die Jugend, die ein friedliches Europa will, ahnt, dass das Zeitalter des Faschismus in Deutschland nicht wirklich zu Ende ist, solange die Herrschaftsverhältnisse auf dem Energie- und Wassersektor mittels juristischer Konstellationen im Geiste Hitlers betrieben werden.

Selbst in demokratischen Völkern vermehrt der Krieg unvermeidlich in hohem Grade die Machtbefugnisse der Regierung, zentralisiert fast zwangsläufig die Lenkung aller Menschen und die Verwendung aller Dinge. *"Führt er auch nicht plötzlich mit Gewalt zur Willkürherrschaft, so lenkt er durch Gewöhnung unmerklich dahin."* (Alexis de Tocqueville)

Nach dem hastigen Anschluss der DDR standen Grundgesetzänderungen ins Haus, die - welch eine Schande! - unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten wurden. Weil keine andere Natur- und Kulturlandschaft Europas weiter so zerstört wird wie die Lausitz, hier ein Kerngedanke Al Gores, des ehemaligen Vize-Präsidenten der USA: *„Damals wie heute ist der wahre Feind ein dysfunktionales Denken. Im Nazideutschland verkörperte es sich im totalitären Staat, seiner Doktrin und seiner Kriegsmaschine; heute in Form eines unersättlichen, allesverschlingenden Konsums der stetig wachsenden Ressourcenausbeutung. Totalitarismus und Konsumdenken ist Entfremdung und amoklaufende Technologie.“* (Al Gore, "Wege zum Gleichgewicht", Frankfurt am Main 92)

Zur Erklärung: Eine Dysfunktion ist die gestörte Tätigkeit eines Organs. Die Sachzwänge die dem zugrunde liegen werden jetzt dem Recht aufgezwungen.

Nur eine Gott und sonst nichts fürchtende politische Bildung könnte helfen, Barrieren gegen weitere Barbareien zu errichten

Als Beispiel für Barbarei verweise ich auf das devastierte Dorf Horno, dessen Siedlungsgebiet mit Feldern und Wäldern und dessen Jahrhunderte alte Kirche wegen der Braunkohleabbaggerung mit Billigung der ev. Kirche Berlin-Brandenburgs in diesen Tagen ausgelöscht wird und deren Toten ihrer Ruhe beraubt, "umgebettet" wurden. An diesem aktuellen Beispiel sind die überpersönlichen Antriebskräfte verheerender Energiepolitik erkennbar. Diese Politik negiert und verhindert das Anwenden schöpfungsbewahrender Technologien, wie sie in Dänemark mit der Bevölkerung entwickelt und eingesetzt wurde. (Aalborg Universitets Center, "Erneuerung der Energiesysteme in den neuen Bundesländern - aber wie?", Netzwerk Dezentral EnergieNutzung e.V., Potsdam 1993)

Was dort im grundtvigschen Geist via Folkehøjskolen entstand, sind ja Strukturelemente gelebter Demokratie auch im Energiesektor. Das ist offensichtlich inakzeptabel für eine obrigkeitlich verfasste Energiewirtschaft und für eine Kirche, die sich ausgerechnet (inclusive Staatssubventionen) auf Jesus und die einst vom zentralistischen Staat verfolgten Evangelisten beruft.

Aus der Rechtsgeschichte wissen wir:

- auf welche Weise ein Tyrann an die Herrschaft kam,,
wie sich das Volk unter ihm verhalten hat und wie, durch wen er am Ende gestürzt worden ist,
- wie sich Recht in Unrecht verwandelte,
- mit welchem Instrumentarium Juristen eine ganze Rechtsordnung pervertieren und auf ein politisches Gleis schieben können, um es bedenkenlos weiter anzuwenden,
- wie bei der richterlichen Rechtsanwendung verschwommene Generalklauseln wie z.B. "Gemeinwohl", "Daseinsvorsorge", zu Einfallstoren der Zerstörung wurden.

Noch nie zuvor ist in Deutschland innerhalb so kurzer Zeit und mit solcher Effektivität eine langsam gewachsene Rechtsordnung so nachhaltig pervertiert worden wie unter dem NS-Regime. (Bernd Rüthers, "Entartetes Recht", München 1994) Mittlerweile hat man sich bei der Energie- und Wasserwirtschaft in der "Normalität" der gleitenden Übergänge zwischen Recht und Unrecht eingerichtet und den Blick von den unangenehmen Dingen abgewendet. Weil es keine unpolitische, weltanschaulich neutrale, ethisch wertfreie Jurisprudenz gibt und das weiter gültige NS-Energie-Unrecht den Prinzipien individueller Freiheitsrechte widerspricht, ist es unverzeihlich, dass nach dem III. Reich bis heute (!) kein Neuanfang in diesem Sektor stattgefunden hat, so als hätte Deutschland nie eine Aufklärung erlebt.

Gerade im Bereich der in den nächsten Jahren fälligen Mega-Ersatz-Investitionen des Energiesektors mit seiner besonders hohen Regelungsdichte und seinem hohem Rationalitätsanspruch ist die Abstützung auf außerrechtliche Legitimationen, die bisher unterbliebene Aufarbeitung der Wirkungsgeschichte des bis 1998 verwendeten unangemessenen Vokabulars (Reichswirtschaftsminister, Generalinspektor für Wasser und Energie, die als Symbole an höchster gesetzlicher Stelle für eine Rechtsordnung stehen - die des Führers Adolf Hitler -, die wir uns heute nicht mehr so recht vorstellen können) und die Berufung auf sogenannte sachlogische Strukturen Kennzeichen eines gigantischen politischen Betrugs - der legalisierten Form der öffentlichen Korruption, mit unermesslichen und nicht wieder gut zu machenden Schaden für Volkswirtschaft, demokratischer Kultur und natürlicher Umwelt.

Der Bundesgesetzgeber ersuchte deshalb am 27.7.1957 die Bundesregierung, den Entwurf eines neuen Energiewirtschaftsgesetzes "mit größtmöglicher Beschleunigung vorzulegen". Das ist grundgesetz-kongruent bis heute nicht geschehen, schon gar nicht nach der "Wiedervereinigung", sprich: erfolgreichen Übernahme der DDR.

Dass die Großkonzerne auf dieser Basis im Jahre 2003 einen Energiekonsens mit Bundeskanzler Schröder wollen wie im Jahre 1941 unter Hitler, ist schon schändlich genug. Aber dass auch Verfassungsorgane sich auf diese Legitimationsgrundlage ohne wenn und aber einlassen, verwundert sehr, wenn ein prominenter Teilnehmer erklärt: "Der Stromerzeugung, genauer der heutigen Struktur der Stromerzeugung hingegen fehlt die gesellschaftliche Akzeptanz. Hier gibt es Konsensbedarf." Das beleuchtet die wahren Verfassungsverhältnisse in diesem Lande deutlicher als der Kerzenschein von Demonstranten gegen Neo- Nazis. Die Strukturen Adolf Hitlers, die zentralistische "unsichtbare Armee im Kupferdraht" (Alexander Friedrich, "Die unsichtbare Armee", Berlin 1942) dürfen nicht bei der Zerstörung der Demokratie und Umwelt höchststrichlerlich geschützt bleiben.

Um diese Legitimation ging es im Verfassungskonflikt der 164 ostdeutschen Kommunen gegen die BRD-DDR-Stromverträge, die den Westkonzernen den Markt zuschanzte. Ostdeutsche Städte dürfen höchstens 30 Prozent ihres Stromes in "wärmegeführter", anstatt in wertschöpfender "stromgeführter", Kraft-Wärme-Kopplung/ KWK selbst erzeugen. Doch in der Nähe von den Braunkohlegruben ist eine dezentrale Braunkohle-KWK für die Kommunen wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll. Angesichts der Bedeutung der Energieversorgung für eine Industrienation und für die Umwelt ist bezeichnend, dass das Bundesverfassungsgericht unter Roman Herzog - dem ehemaligen Theodor Maunz Schüler und späteren Bundespräsidenten - vor dem Normenkontrollverfahren zurückscheute, statt gegen die Symbole der Rechtskontinuität der NS-Vergangenheit konsequent vorzugehen und demokratisch legitimierte Strukturen Platz zu machen.

Das Grundgesetz ist nicht die Verfassung, sondern das "Notdach" auf dem alten Reichsgebäude

Weil das deutsche Volk seine verfassungsgebende Gewalt nach 1945 (noch immer) nicht ausgeübt hat und das Grundgesetz nach dem Willen des Parlamentarischen Rates nur für eine Übergangszeit als Notdach auf den Grundfesten des ausgebrannten Reichsgebäudes dienen sollte, gilt es, nach der Vereinigung eine vom Volk legitimierte Verfassung gesamtdeutschen Ursprungs zu schaffen, damit die Welt endlich vor den immer noch wirkenden Gespenstern des Deutschen Reiches ihre Ruhe findet.

Ich bin nach wie vor der Überzeugung: Weil das Bundesland Brandenburg besondere Verpflichtungen gegenüber dem Nachbarn Polen übernommen hat und die verfassungsgebende Gewalt nicht beim deutschen Volk als Ganzem liegt, sondern beim deutschen Volk in den Ländern, darf nicht gewartet werden, bis die Rechtsradikalen die Überhand gewinnen und mit dem juristischen Arsenal des NS-Ungeistes den nächsten Weltbrand entfachen. Dazu gehört der ehrliche Umgang mit unserer Geschichte, insbesondere in Bezug auf das Weiterwirken des NS-Unrechts und auf die Verantwortung für das Verstricktsein in die Machtmechanismen der DDR-Diktatur.

Der Auftrag Brandenburgs ist ganz klar. Demokratie als lebendiges Prinzip der Gesellschaft wächst von unten und ist an die mündige und kritische Haltung der Bürger gebunden. Keine noch so geschickte Moderation und Interessenverwaltung kann diesen Bürgergeist ersetzen. Um das Erbe jahrzehntelanger Diktatur zu überwinden, um die drängenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme zu bewältigen, um die Rolle Brandenburgs im polnisch-deutschen Dialog auszufüllen, bedarf es der Besinnung auf die Wurzeln der Demokratie.

Diese Besinnung ist für das Land Brandenburg umso wichtiger, als die Adenauer und Globke (des einstigen NS-Rassengesetzkommentators und späteren BRD-Kanzleramtschefs) sich im Parlamentarischen Rat und zur Gründung des Bundesverfassungsgerichtes auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches auf seinen Fundamenten von 1866/71 beriefen. Das bedeutet die Fortführung des Bismarckschen Trennen des "nationalen vom demokratischen Wollen". Das bedeutet die Fortführung dieses weltkriegsträchtigen Geistes des "Deutschen Sonderweges", in der Tradition des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation".

Bevor wir uns bewußt werden was geschieht, verblaßt das Gedächtnis über die 40jährige DDR-Geschichte. Weil das Ende des Kalten Krieges - verdichtet in der deutsch-deutschen Geschichte - nicht ausgewertet wird, blüht auf dem so verrottenden Boden eine korrupte Gesellschaft, die selbstgerecht programmiert die Ressourcen verschwendet und die Umwelt von Mensch und Natur zerstört.

Institutionen der Umweltzerstörung legitimieren sich mittels christlicher Erlösungs-Hoffnung

Max Adler erkannte, dass die technische Entwicklung nichts Autonomes ist, sondern durch das sozioökonomische System gelenkt wird: die verdinglichte staatliche Ordnung der weltbeherrschenden ausbeutenden und versklavenden europäisch-amerikanisch-japanischen Naturwissenschaft und Technologie. Fahndet man nach dem Geist der Unterdrückung und Vernichtung ganzer

Völker, vieler Pflanzen- und Tierarten, so stößt man auf die fundamentalen Institutionen des römischen Reiches: Ausbeutung, Sklaverei und Krieg.

So ist es denn nicht verwunderlich, wenn am Beginn des industriellen Zeitalters Francis Bacon die Natur mit einer dem Mann zum Dienst bestimmten Frau vergleicht: "to bind her to your service and make her your slave" ("sie an deinen Dienst zu binden und sie zu deinem Sklaven zu machen"). (B. Farrington, "The Philosophy of Francis Bacon", Univ. of Chicago Press, 1966)

"Mutter Natur" sei dem "geistigen" Mann so unterworfen wie die durch ihre "Natürlichkeit nicht zu abstrahieren fähige" Frau. Francis Bacon behauptete, dass die Herrschaft des Menschen (d.h. der Männer) über die Natur mit Hilfe der Wissenschaft in Wahrheit die Erfüllung der alten christlichen Hoffnung auf Erlösung der Natur sei. So konnte die Unterwerfung der Natur unter die menschliche Vernunft gleichgesetzt werden mit der Wiederherstellung der göttlichen Souveränität; ohne jedoch die Frage nach der moralischen Qualität des Menschen zu stellen. Die so herbeigeführte Trennung von Wissenschaft und Moral neutralisierte die Technologie und erlaubt es, jede Ausdehnung der Macht über die Natur als wertfrei und moralisch unbedenklich zu erklären.

Die so ungeheuer entfaltete Produktivität vergrößerte die Werkzeuge der Unterdrückung der Natur und Macht über fremde Völker: - bis zum andauernden weltweiten Krieg der Reichen gegen die Armen um die natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb ist es ein folgenschwerer Irrtum, die vorhandene Technologie als deren einzig mögliche Gestalt und nicht als die durch die Wirkungsgeschichte der Machtstrukturen geschaffene anzusehen.

Die säkularisierte christliche Konzeption führte zur unbegrenzten Naturausbeutung. "Der eschatologische Gott wurde ein historisches Programm. Man versuchte, jetzt die unendliche Forderung durch einen unbegrenzten materiellen Fortschritt zu verwirklichen, indem man die Natur zu einer unbegrenzten Ausdehnung der Produktivkräfte zwang. Unendliche Forderungen, die in eine endliche Natur eingeschlossen sind, nehmen die Gestalt einer unbegrenzten Ausbeutung der Produktionsressourcen der Erde an. ... Die patriarchalische Selbsttäuschung hinsichtlich des Ursprungs des Bewußtseins endet damit logisch in der Zerstörung der Erde. ... Die Struktur des patriarchalischen Bewußtseins, das die Harmonie der Natur zerstört, drückt sich symbolisch und sozial in der Unterdrückung der Frau aus." (Rosemary Radford-Ruether, "New Women - New Earth", New York 1975)

Die Voraussetzung zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist deren nachhaltige Nutzung

Die heutige Industriekultur - und damit ihre Institutionen - muss so verändert werden, dass sie keine Unterdrückung möglich macht.

1. Notwendig ist die Befreiung der Technikanwendung aus der Gefangenschaft der Machtstrukturen der verselbständigten Ökonomie.
2. Die Entscheidungsfindung für die Produktionsziele muss demokratisiert werden.
3. Technologische Mittel müssen entwickelt und eingeführt werden, die den ökologischen Erfordernissen optimal angepasst sind. Nur eine ökologische Technologie erlaubt die Einordnung der Soziosphäre in die Biosphäre, weil sie weitestgehend gemeinwohlorientiert ist.
4. Eine Siedlungsstruktur, die Natur, Leben und Arbeit verbindet und die eine gemeinsame Nutzung dauerhafter Gebrauchsgegenstände erlaubt, ermöglicht erhebliche Einsparungen.
5. Die Recycling des Abfalls muss zugleich der Verbesserung der natürlichen Umwelt dienen.
6. Männern und Frauen muss es möglich sein, individuelle Persönlichkeiten zu werden, ohne an Sexualstereotype gebunden zu sein. Das Bewußtsein, im Einklang mit der Erde und ihrer Erneuerung zu leben und sie kommenden Generationen als Lebensgrundlage intakt zu übermitteln, wird zur Zufriedenheit und zum Glück der Menschen wesentlich beitragen. In einer derart befriedeten und befriedigten Welt könnte auch zwischen den Völkern und Staaten wirklicher Frieden einkehren.

Die psychische Notwendigkeit, die eigene Lebensangst auf einen Feind zu projizieren und sich durch Rüstung vermeintliche Sicherheit zu verschaffen, fiele damit weg. Machteliten hätten kein Motiv mehr, die latente soziale Aggressivität der Unterschichten auf "äußere Feinde" abzulenken.